



## Gunther Krichbaum

Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Telefon: 030/227-70371 Telefax: 030/227-76371  
E-Mail: [gunther.krichbaum@bundestag.de](mailto:gunther.krichbaum@bundestag.de)  
[www.gunther-krichbaum.de](http://www.gunther-krichbaum.de)

# Berlin aktuell

## Deutschland voranbringen

### Große Koalition bekräftigt ihren Willen zur Zusammenarbeit

**Auf der Klausurtagung der Fraktionsvorstände von CDU/CSU und SPD zu Beginn dieser Woche hat die Große Koalition bewiesen, dass sie weiterhin handlungsfähig ist und die dringenden Probleme unseres Landes lösen kann.**

Dabei wurden wichtige Beschlüsse gefasst: Bei der **Pflegeversicherung** bleibt es den Ländern überlassen, ob sie neue Pflegestützpunkte aufbauen oder bestehende Einrichtungen einbinden wollen. Damit stellen wir sicher, dass die Gelder der Pflegeversicherung bei den Pflegebedürftigen ankommen und nicht in bürokratische Strukturen gesteckt werden. Mit der **Eigenheimrente** unterstützen wir die Bürgerinnen und Bürger bei der Bildung von Wohneigentum. Die eigene Immobilie ist weiterhin nicht nur eine sichere, sondern auch die in der Bevölkerung beliebteste Form der privaten Altersvorsorge. Deswegen ermöglichen wir, das in der Riesterrente angesparte Kapital zur Finanzierung der Wohnimmobilie zu entnehmen. Dies ist ein wichtiges Signal für den Wohnungsbau. Zudem haben wir mit einem gemeinsamen Positionspapier erneut die Bedeutung der **Integrationspolitik** unterstrichen. Darin machen wir deutlich: Wir wollen die Integration und laden die bei uns lebenden und integrierten Ausländer ein, sich um die deutsche Staatsbürgerschaft zu bemühen. Wir sind uns aber mit der SPD einig, dass der Erhalt der Staatsbürgerschaft am Ende eines erfolgreichen Integrationsprozesses stehen muss. Mit der verbesserten **Opferentschädigung** bei Gewalttaten wollen wir sicherstellen, dass zukünftig deutsche Staatsbürger und Angehörige deutscher Staatsbürger, die im Ausland Opfer eines terroristischen Anschlags werden, ein Anrecht auf Entschädigung haben. Weiterhin werden wir die Rente für **Contergan-Geschädigte** verdoppeln, um den Opfern

dieses Medizinskandals eine angemessene Versorgung zu sichern. Mit über 15 Millionen Euro im Jahr zusätzlich werden wir die Betroffenen unterstützen. Alle Beschlüsse tragen die klare Handschrift der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Dies zeigt, dass wir in der Großen Koalition die treibende Kraft sind.

Diese Woche stand aber leider auch im Zeichen einer erstarkten Linkspartei. Ihr Einzug in die Landtage von Hessen, Niedersachsen und Hamburg erfüllt uns mit Sorge. Die Linkspartei ist keine normale Partei, sondern die umbenannte SED, die in West wie Ost Altkommunisten und Schönfärber der DDR unter ihrem Dach vereint. Es genügt jedoch nicht, die Linkspartei wegen ihrer totalitären Wurzeln zu verteufeln, wir müssen uns auch mit ihren politischen Forderungen und ihren Taten auseinandersetzen. Damit fallen die gewählten Abgeordneten durch den Ruf nach Verstaatlichungen, einer Abkehr von der Privatwirtschaft als Fundament unserer Wirtschaftsordnung und der Forderung nach grundlegenden Veränderungen in den gesellschaftlichen Verhältnissen auf. Zwar wird nie genau erläutert, was hierunter zu verstehen ist. In den Köpfen der DKP-Kader ist aber zumindest der Wunsch nach einem Geheimdienst, der dies überwachen soll, noch vorhanden. Hinzu kommt, dass in den Bundesländern, in denen die PDS bislang an der Regierung beteiligt war, die Verschuldung explosionsartig gestiegen ist. Auch das politische Programm für die Bundespolitik, mit dem angeblich für mehr Gerechtigkeit gesorgt werden soll, könnte nur durch einen massiven Ausbau der Verschuldung des Bundes finanziert werden. Eine solche Schuldenmacherei ist aber gegenüber unseren Kindern und Enkeln niemals gerecht!

### **Schnelle Internetzugänge auch für den ländlichen Raum**

Schnelle Zugangsmöglichkeiten zum Internet sind eine wesentliche Voraussetzung für Wachstum, Innovation und Arbeitsplätze. Aber auch für die private Wohnungssuche ist die Verfügbarkeit von DSL heute ein wichtiger Faktor. Derzeit verfügen in Deutschland zwar knapp 45 % aller Haushalte über einen Breitbandzugang. Diese auch im internationalen Vergleich recht gute Zahl darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass es erhebliche Versorgungsunterschiede zwischen Ballungszentren und ländlichen Räumen gibt. Mit einem Antrag der Koalitionsfraktionen fordern wir die Bundesregierung auf, schnelle Fortschritte bei der Flächenabdeckung der Breitbandversorgung zu erzielen. Dabei soll insbesondere eine Anlaufstelle für die betroffenen Gemeinden geschaffen werden, die über neue technische Möglichkeiten beraten und deren Wirtschaftlichkeit beurteilen soll.

### **Wehrsold rückwirkend erhöht**

Der Verteidigungsausschuss hat in dieser Woche eine Erhöhung des Wehrsolds um 2 Euro pro Tag beschlossen. Die Erhöhung tritt rückwirkend zum 01. Januar 2008 in Kraft. Sie bringt unseren Wehrpflichtigen einen Einkommenszuwachs um bis zu 27 %. Eine Erhöhung des Wehrsolds war schon lange überfällig. Seit 1999 hat es hier keine Steigerung mehr gegeben.

### **Elterngeld bei Männern immer beliebter**

Immer mehr Männer beantragen das von der unionsgeführten Bundesregierung eingeführte Elterngeld. Im vierten Quartal 2007 wurden knapp 23.000 Anträge von Vätern auf Elterngeld bewilligt. Das entsprach 12,4 Prozent aller gestellten Anträge. Damit ist der Anteil von Männern an den Beziehern des Elterngeldes seit dessen Einführung von 6,9 Prozent kontinuierlich gestiegen. Besonders erfreulich ist, dass 40% der Väter länger als die Mindestzeit von zwei Monaten zu Hause bleiben. Zum Vergleich: Das alte Erziehungsgeld wurde nur von 3,5% der Väter in Anspruch genommen.

### **Anhörung zur Erbschaftssteuerreform bestätigt Auffassung der Union**

Die öffentliche Anhörung im Finanzausschuss hat deutlich gemacht, dass bei der Übertragung eines Unternehmens auf die nächste Generation eine weitgehende steuerliche Entlastung unbedingt notwendig ist, um den Erhalt von

Arbeitsplätzen beim Unternehmensübergang langfristig zu sichern. Um dies zu erreichen, sieht der Gesetzentwurf eine umfangreiche Verschonung des betrieblichen Vermögens vor; dafür hatte sich die Union von Anfang an eingesetzt. Allerdings hat die Anhörung auch gezeigt, dass bei verschiedenen Maßnahmen der vorgesehenen Neuregelung noch Optimierungsbedarf besteht. Die Union wird sich insoweit für weitere Verbesserungen einsetzen und gemeinsam mit der SPD nach angemessenen Lösungen suchen. Dabei handelt es sich u. a. um folgende Punkte: Verkürzung der 15-jährigen Behaltensfrist, Vermeidung unnötiger Bürokratie bei der Lohnsummenklausel, Ausgestaltung eines günstigeren Tarifverlaufs bei Geschwistern, Nichten und Neffen, Berücksichtigung branchenspezifischer Besonderheiten bei der Zuordnung zum nicht begünstigten Verwaltungsvermögen insbesondere im Hinblick auf die Land- und Forstwirtschaft und die Vermeidung einer unangemessenen Doppelbelastung von Erbschaftsteuer und Einkommensteuer.

### **Förderung von Jugendfreiwilligendiensten**

Das in dieser Woche beschlossene Gesetz zur Förderung von Jugendfreiwilligendiensten überführt die Regelungen für das freiwillige soziale Jahr und das freiwillige ökologische Jahr in ein einheitliches Regelwerk. Darüber hinaus werden die Jugendfreiwilligendienste flexibilisiert und qualitativ ausgebaut, etwa durch Anhebung der Höchstdauer auf 24 Monate und mehr Möglichkeiten bei der Vertragsgestaltung. Ziel ist es, den Interessentenkreis für Freiwilligendienste zu erweitern. Besonders eignet sich dafür auch das neue Programm „weltwärts“. Es richtet sich an junge Menschen im Alter von 18 bis 28 Jahren, die nach der Schule oder Ausbildung für 6 bis 24 Monate in Entwicklungsländern mitarbeiten wollen.

### **Aufschwung auf dem Arbeitsmarkt hält an**

Die positive Entwicklung am Arbeitsmarkt setzt sich fort: Gegenüber dem Vorjahr ist die Zahl der Arbeitslosen im Februar um 630.000 auf nunmehr 3,617 Mio. gesunken. Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten ist gegenüber dem Vorjahr erneut um 588.000 auf 27,22 Mio. angestiegen, dabei entfällt mehr als die Hälfte des Beschäftigungszuwachses auf sozialversicherungspflichtige Vollzeitstellen. Erstmals seit 30 Jahren ist es gelungen, die Arbeitslosigkeit deutlicher zu senken, als sie im Ab-schwung zuvor gestiegen war.